



Gespräche über die Beamtenbesoldung müssen zur Regel werden

710 Millionen Euro wollte die rot-grüne Landesregierung ursprünglich bei den Beamten dadurch sparen, dass sie die Tarifierhöhung für 2013 und 2014 nur für die Besoldungsgruppen bis A 10 übernommen hat. Gespart werden sollte die Summe jedes Jahr. Aber nach dem Urteil des Verfassungsgerichtshofs in Münster scheiterte die Landesregierung Ende August auch in den mit den Gewerkschaften geführten Gesprächen mit ihrem Ziel, die Finanzierungsprobleme des Landes einseitig zulasten der Beamten zu lösen. Statt einer minimalen Besoldungsanpassung von gerade einmal einem Prozent für A 11 und A 12 und einer doppelten Nullrunde ab A 13 steigt die Besoldung in A 11 bis A 16 für 2013 und 2014 jetzt zwischen 5,25 und 3,77 Prozent.

Auch mit ihrer zweiten Kernforderung, bereits im Vorhinein Abschlüsse bei der Übernahme der künftigen Tarifabschlüsse zu vereinbaren, konnte sich Rot-Grün in den Verhandlungen mit den Gewerkschaften nicht durchsetzen. In der Nachtsitzung vom 21. auf den 22. August war diese Frage für die GdP der entscheidende Punkt.

GdP-Landesvorsitzender Arnold Plickert, der als einziger Vertreter der Polizeigewerkschaften bei den Gesprächen mit Ministerpräsidentin Hannelore Kraft, ihrer Stellvertreterin Sylvia Löhrmann und Finanzminister Norbert Walter-Borjans mit am Tisch saß, bewertet das Ergebnis deshalb positiv. „Anders als von Rot-Grün geplant, bekommen jetzt alle Beamten

und Pensionäre deutlich mehr Geld“, sagte Plickert unmittelbar nach dem Abschluss der Gespräche mit der Landesregierung. Dass die Anpassung der Bezüge trotz des Anstiegs um mehr als vier Prozent selbst in den obersten Besoldungsgruppen hinter der GdP-Forderung nach einer 1:1-Übertragung des Tarifergebnisses zurückgeblieben ist, sei vor allem der Tatsache geschuldet, dass das Urteil des Verfassungsgerichtshofs der Landesre-

gierung in dieser Frage einen Spielraum gelassen habe, ergänzte Plickert. „Das mussten wir akzeptieren.“

Als Erfolg wertet der GdP-Vorsitzende zudem, dass die Altersbezüge der Pensionäre im gleichen Umfang

wird. „Damit ist klar, dass es ein Besoldungsdiktat wie im vergangenen Jahr nicht mehr geben wird“, lobt Plickert die Vereinbarung.

Trotzdem zeichnet sich bereits heute ab, dass die rot-grüne Landesregierung im kommenden Jahr erneut ver-

suchen wird, bei den Gesprächen mit den Gewerkschaften weitere Einsparungen bei den Beamten einzufordern. Geht es nach Rot-Grün, sollen rund 150 Millionen Euro pro Jahr bei den Beamten gespart werden. Alternativ zu Kürzungen bei der Besoldungsanpassung kann sich die Landesregierung auch andere Einschnitte bei den Personalkosten vorstellen, etwa in Form von Stellenkürzungen. Dass nicht nur die Anfang des Jahres beginnende



Foto: Roberto Pfeil

erhöht werden wie die der Beamten. „Wir haben uns nicht spalten lassen! Die harten Verhandlungen haben sich gelohnt“, betonte der GdP-Vorsitzende gegenüber den Journalisten.

Zudem haben die Landesregierung und die Gewerkschaften vereinbart, dass es nach Abschluss der nächsten Tarifverhandlungen erneut Gespräche über die Übernahme des Ergebnisses für die Beamten geben

nächste Tarifrunde für die Beschäftigten der Länder hart wird, sondern auch die sich daran anschließenden Verhandlungen zur Übernahme des Ergebnisses für die Beamten, ist deshalb bereits absehbar. Trotzdem bleibt festzuhalten: Die SPD-geführte Landesregierung redet wieder mit den Gewerkschaften, wenn es um die Zukunft des öffentlichen Dienstes

→ Seite 2



Die Tür jetzt nicht wieder zuschlagen!



Es hat lange gedauert, bis die Landesregierung in der Auseinandersetzung über die Beamtensoldung das Gespräch mit den Gewerkschaften gesucht hat. Zu lange. Aber die Mitte August nach der Entscheidung des Verfassungsgerichts in Münster von ihr aufgenommenen Gespräche mit den Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes waren Gespräche auf Augenhöhe. Getragen von dem

sichtbaren Willen beider Seiten, zu einem fairen Ausgleich zu kommen. Gewiss: Hinter den Kulissen ging es hart zur Sache. Aber nachdem Ministerpräsidentin Hannelore Kraft akzeptiert hatte, dass die Gewerkschaften keine Vereinbarung unterzeichnen werden, bei der die Beamten in den kommenden Jahren im Vorhinein auf einen Teil der ihnen zustehenden Besoldungsanpassung verzichten müssen, ohne dass die Tarifbeschlüsse und die Inflationsrate bereits bekannt sind, war der Weg für eine Einigung frei.

Endgültig vom Tisch ist die Forderung von Rot-Grün, den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in den nächsten Jahren erneut einen Beitrag zur Konsolidierung des Landeshaushaltes abzuverlangen, damit aber noch lange nicht. Im Gegenteil: Die Gespräche über die nächste Besoldungsanpassung, zu der sich die Landesregierung und die Gewerkschaften verpflichtet haben, werden hart werden. Deshalb ist es umso wichtiger, dass der mühsam aufgenommene Gesprächsfaden jetzt nicht abreißt. Dies würde nicht nur dem Klima der Gespräche schaden, sondern auch die Chance verringern, in den kommenden Jahren erneut zu einem Ergebnis zu kommen, bei dem die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes nicht von der Einkommensentwicklung in den anderen Branchen abgekoppelt werden. Weder die Tarifbeschäftigten, noch die Beamten und die Pensionäre.

Arnold Plickert,
Landesvorsitzender

Fortsetzung von Seite 1

und um die Besoldung der Beamten geht.

Umso größer war deshalb die Verärgerung in den Gewerkschaften, als SPD-Fraktionsvorsitzender Norbert Römer Anfang September in einem Beitrag der WAZ damit drohte, dass sich die Landesregierung die aus ihrer Sicht fehlenden 485 Millionen Euro an Einsparungen im Beamtensbereich in den nächsten Jahren durch Kürzungen an anderer Stelle wieder zurückholen wird. Die Gewerkschaftsvorsitzenden sahen dadurch das gerade erst wieder zu wachsen beginnende Vertrauen zwischen der SPD und den Gewerkschaften aufs Spiel gesetzt.

Wie diese Auseinandersetzung weitergeht, werden die kommenden Monate zeigen. Ein erster Schritt dazu sind die Anfang des kommenden Jahres beginnenden Tarifverhandlungen für die Beschäftigten der Länder. Auch wenn die Unterhändler der Länder aus anderen Bundesländern kommen, sitzt NRW

als größtes Bundesland indirekt bei den Verhandlungen immer mit am Tisch. Deshalb werden sich auch die

Gewerkschaften aus NRW aktiv in die Tarifaueinandersetzung einmischen.

Kein Platz für rassistische Einstellungen

In der Polizei gibt es keinen Platz für fremdenfeindliche oder rassistische Einstellungen, darauf hat der GdP-Landesvorsitzende Arnold Plickert öffentlich hingewiesen, nachdem Mitte September bekannt geworden war, dass eine Kommissaranwärterin im Polizeipräsidium Aachen durch Mitglieder ihres Ausbildungskurses über WhatsApp mit fremdenfeindlichen Äußerungen gemobbt worden war. In den Textmarker der Kommissaranwärterin wurde zudem ein Hakenkreuz gezeichnet.

Der Vorfall war bekannt geworden, weil einer der Kursteilnehmer

das Fehlverhalten seiner Kollegen der Behördenleitung gegenüber angezeigt hatte. Der Aachener Polizeipräsident Dirk Weinspach hatte daraufhin Ermittlungen eingeleitet. Der Hauptverantwortliche für die beleidigenden, fremdenfeindlichen Äußerungen wurde suspendiert.

Die GdP hat die schnelle und konsequente Reaktion des Aachener Polizeipräsidenten ausdrücklich unterstützt. „Wir dulden keine rechtsradikalen oder fremdenfeindlichen Einstellungen in der Polizei. Wer damit sympathisiert, hat im Polizeidienst nichts zu suchen“, sagte Plickert gegenüber den Medien.



Analogfunk ab Dezember Vergangenheit

Drei Jahre nach der Umrüstung der ersten Dienststellen geht am 1. Dezember der Digitalfunk von Polizei und Feuerwehr auch in den bislang noch nicht umgestellten Netzabschnitten offiziell in den Wirkbetrieb. Ein Jahr später, Ende Dezember 2015, werden die letzten Analoggeräte, die bis dahin noch als zweite Auffanglinie betriebsbereit gehalten werden, abgeschaltet. Damit geht ein mehr als zwanzigjähriger, mühsamer Umstellungsprozess auf den Digitalfunk zu Ende, bei dem der technische Standard in Deutschland zeitweise sogar hinter den von Albanien zurückgefallen war. Die Umstellung auf die nächste Stufe der Digitalfunktechnologie, den LTE-Standard, muss erheblich schneller erfolgen. Darin sind sich die GdP und die Digitalfunk-Experten der Polizei einig.

Dass die Umstellung auf den Digitalfunk Ende dieses Jahres abgeschlossen ist, war trotz des langen Vorlaufs bis zum Schluss vor allem einem enormen Kraftakt der beteiligten Dienststellen zu verdanken. NRW-weit mussten nicht nur sämtliche Streifenbeamte mit neuen Funkgeräten ausgestattet, sondern auch 7000 Einsatzfahrzeuge sowie 423 Liegenschaften mit zusammen mehr als 2200 Anlagen umgerüstet wer-



den. Immer wieder gab es dabei Verzögerungen, weil einzelne Systemkomponenten europaweit ausgeschrieben werden mussten, weil die am Projekt beteiligten Unternehmen längere Entwicklungszeit brauchten oder weil sie die aufgetretenen technischen Probleme nicht in den Griff bekamen, wie zuletzt bei der Einbindung der Leitstellen. Nur einem von Aachener Polizisten entwickelten Provisorium, der „Aachener Lösung“, ist es zu verdanken, dass am Ende der endgültige Start des Digitalfunks nicht ein weiteres Mal verschoben werden musste.

Mit dem Beginn des Wirkbetriebs ist trotzdem nur der erste Schritt zur Einführung des Digitalfunks getan, denn im Gegensatz zu privaten Smartphones überträgt der Digitalfunk der Polizei bislang nur Gespräche. Damit Polizei und Rettungs-

→ Seite 4

Fragen an ...

Ludger Heintz, Leiter des Projektes Technische Einführung Digitalfunk (TED) im Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) zu den möglichen Gesundheitsgefahren des Digitalfunks.

Seit dem Start des Digitalfunks kommt es immer wieder zu Klagen von Polizisten über Gesundheitsstörungen. Was unternimmt das LZPD dagegen?

Wir nehmen diese Befürchtungen ernst und betreiben einen erheblichen technischen Aufwand, um der Sache auf den Grund zu gehen. Bei den zehn Messungen, die wir bislang vor Ort am Arbeitsplatz der betroffenen Kolleginnen und Kollegen gemacht haben, ist allerdings herausgekommen, dass die Stärke der elektromagnetischen Felder deutlich unter dem Grenzwert der Bundesimmissionsschutzverordnung lag. Im Schnitt lag sie etwa bei einem Zehntel des zulässigen Grenzwertes. Im Nahbereich von Antennen kann die Strahlung allerdings auch im Grenzbereich liegen. Trotzdem: Dass jemand zum Beispiel seinen Kopf an ein Fenster hält, an das von außen eine Antenne angebracht ist, ist sehr unwahrscheinlich.

Heißt das, dass sich die Kolleginnen und Kollegen ihre Beschwerden nur einbilden?

Nein. Wir gehen selbstverständlich davon aus, dass sich die betreffenden Personen krank fühlen. Aus diesem Grund nehmen wir unsere Messungen ja vor. Wenn sich dabei herausstellen sollte, dass die Grenzwerte überschritten werden, würden wir sofort reagieren.

Bislang gibt es keine belastbaren Daten zu den langfristigen Folgen des Digitalfunks. Können die Gesund-

heitsbelastungen nicht auch unterhalb der Grenzwerte auftreten?

Um diese Frage beantworten zu können, muss man sich zunächst klarmachen, worüber wir reden: Wir senden beim Digitalfunk in einem Bereich von einigen Milliwatt bei den Handfunksprechgeräten und den Zubringerstrecken sowie von bis zu 25 Watt bei den Basisstationen. Zum Vergleich: Ein Mikrowellengerät kann eine Leistung von über 1000 Watt haben. Trotzdem kann es durch den Digitalfunk zu einer Erwärmung des Körpergewebes kommen. Aber bei Einhaltung der Grenzwerte kann der menschliche Körper diese Erwärmung durch die Blutzirkulation wieder ausgleichen.

Neben der Wärmeabstrahlung reden Kritiker auch von anderen gesundheitsbelastenden Effekten der elektromagnetischen Strahlen. Gibt es sie?

Das Bundesamt für Strahlenschutz hat vor einiger Zeit alle weltweit zugänglichen Studien bewertet und ist zu dem Schluss gekommen, dass sich Elektrosensibilität bis heute nicht nachweisen lässt. In den Versuchsreihen konnten Probanden, die sich selbst als elektrosensibel bezeichnen, zum Beispiel nicht sagen, ob ein Funkgerät eingeschaltet war oder nicht. Es mag ja sein, dass sie etwas wahrnehmen – aber beim Arbeitsschutz können wir nur auf Basis von gesetzlicher Normen agieren. Diese Normen beruhen wiederum auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Sollten Forscher in zehn oder zwanzig Jahren einen anderen Effekt nachweisen, werden diese Vorschriften sicher angepasst.

Im Übrigen ist der Digitalfunk noch relativ neu und soll vom Dienstherrn als neues Kommunikationsmittel angeordnet werden. Dass das Misstrauen weckt, dafür habe ich Verständnis.



GdP startet Projekt 1800

Für die Polizei ist 2014 ein Wendepunkt: Letztmalig haben die 47 Kreispolizeibehörden und die drei Oberbehörden in NRW zusammen 297 Nachwuchspolizistinnen und -polizisten mehr bekommen, als gleichzeitig ältere Kolleginnen und Kollegen in Ruhestand gegangen sind. 2015 wird das Plus voraussichtlich nur noch bei 74 liegen, 2016 bei 27 und 2017 bei 10. Ohne die Ausfälle aus anderen Gründen. Ab dann geht es rasant ins Minus. Wird die Zahl der Neueinstellungen nicht an die sprunghaft steigende Zahl der Pensionierungen angepasst, verliert die Polizei in NRW bis 2025 noch einmal 3700 Polizistinnen und Polizisten. Sie gerät damit an den Rand ihrer Handlungsfähigkeit. Damit diese bedrohliche Entwicklung gestoppt wird, hat die GdP unter dem Titel „Projekt 1800“ ein umfangreiches Positionspapier zur Sicherung des Personalbestands der Polizei vorgelegt.

In dem Positionspapier stellt die GdP im Detail dar, welche Schritte erforderlich sind und damit die drei an der Kommissarusbildung beteiligten Ausbildungsträger, die Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (FHöV), das Landesamt für Ausbildung, Fortbildung und Personalangelegenheiten der Polizei (LAFP) und die zehn Ausbildungsbehörden, in der Lage sind, 1800 statt bislang 1500 Kommissaranwärterinnen und -anwärter pro Jahr auszubilden. Die GdP ist sich dabei bewusst, dass die Erreichung dieses Ziels große Anstrengungen von allen verlangt, die an der Ausbildung des Polizeinachwuchses beteiligt sind. Aber das Positionspapier zeigt auch: Dieses Ziel kann erreicht werden, ohne dass darunter der hohe Ausbildungsstandard der Polizei in NRW leidet.

Damit ist die wichtigste Voraussetzung erfüllt, die Innenminister Ralf Jäger (SPD) beim Landesdelegiertentag der GdP Anfang April dieses Jahres für eine Angleichung

der Einstellungszahlen an den wachsenden Nachersatzbedarf genannt hatte. Jäger hatte damals gesagt: Er werde die Zahl der Neueinstellungen auf 1800 erhöhen, wenn das von den Ausbildungskapazitäten der Polizei her möglich sei. Deshalb drängt die GdP darauf, dass diese Möglichkeit jetzt auch von der Politik genutzt wird. Denn mit jedem Jahr, um das die Angleichung der Ausbildungszahlen an den wachsenden Nachersatzbedarf verzögert wird, wird es immer schwieriger, die einmal entstandenen Lücken zu schließen, denn die Ausbildungskapazitäten der Polizei lassen sich nicht beliebig immer weiter erhöhen. Selbst dann nicht, wenn in Zukunft jedes Jahr bis zu 2000 Polizistinnen und Polizisten gleichzeitig in Ruhestand gehen, so wie das ab dem Jahr 2020 der Fall sein wird. Hinzu kommt, dass selbst die Polizei in NRW auch bei einer Erhöhung der Einstellungszahlen auf 1800 pro Jahr bis 2025 noch immer rund 1000 Beamte verlieren wird. Der Personalbau würde also nicht völlig beendet, sondern nur begrenzt. Auf ein gerade noch erträgliches Maß. Aber noch weniger Personal geht nicht.

Für die GdP steht deshalb fest, dass die Politik spätestens im kommenden Jahr die Grundsatzentscheidung für eine Angleichung der Einstellungszahlen an den wachsenden Nachersatzbedarf fällen muss. Spätestens 2016 muss dann die Zahl der Neueinstellungen steigen. Wegen der dreijährigen Ausbildungsdauer stünden die dann eingestellten zusätzlichen Polizeikommissare ohnehin erst im September 2019 als Nachersatz zur Verfügung. Dann liegt die Lücke zwischen Pensionierungen und Nachersatz bereits bei 485 pro Jahr. Mit stark steigender Tendenz.

Das Positionspapier „Projekt 1800. Sicherung des Personalbestands der Polizei“ gibt es zum Download auf der GdP-Homepage unter www.gdp-nrw.de (Infothek, Broschüren) und in gedruckter Form über das Servicebüro des Landesbezirks: info@gdp-nrw.de



Fortsetzung von Seite 3

dienste in Zukunft auch Daten und Bilder digital am Einsatzort empfangen können, drängt die GdP darauf, dass die Politik bereits jetzt die Weichen für die Nutzung des heute bereits von Smartphones genutzten LTE-Standards stellt. Er soll spätestens 2018/2020 auch im Digitalfunk den bisherigen Tetra-Standard ablösen.

Voraussetzung für die Nutzung der LTE-Technologie ist, dass Polizei und Feuerwehr die dazu erforderlichen Funkfrequenzen erhalten. Bereits im vergangenen Jahr hat die GdP deshalb die Bundesregierung aufgefordert, einen Teil der Frequenzen, die durch die Umstellung der Fernsehübertragung auf den neuen DVB-T-Standard frei werden, für Polizei und Feuerwehr zu reservieren, statt sie gewinnbringend an Privatunternehmen zu verkaufen. Die politischen Gespräche dazu laufen noch.



FARBENPRACHT & MAGISCHE MOMENTE

Erleben Sie die Schönheit Schottlands
zur Herbst- und Winterzeit.



5 TAGE PRO PERS. AB

€149¹



5 TAGE SCHOTTLAND REISE INKL. FÄHRÜBERFAHRT & HOTEL MIT FRÜHSTÜCK

Kombinieren Sie das Erlebnis einer Fährüberfahrt mit DFDS Seaways inkl. Kreuzfahrtfeeling mit einer Reise in die schottischen Lowlands zur Herbst- und Winterzeit. Lassen Sie sich von einzigartigen und magischen Farbspielen des herbstlichen Schottlands begeistern und genießen Sie die behagliche Winterzeit bei milden Temperaturen. Je nach Wahl übernachten Sie in einem 3 oder 4 Sterne Hotel im schönen Peebles, im Herzen der Scottish Borders gelegen. Es erwarten Sie traumhafte Landschaften, einige der schönsten schottischen Burgruinen sowie die Hauptstadt Edinburgh in unmittelbarer Nähe.



AMSTERDAM – NEWCASTLE

[DFDS.DE/FARBENPRACHT](https://www.dfds.de/farbenpracht)

TEL. 040 / 389 03 71²



DFDS
SEAWAYS

¹ Gültig nach Verfügbarkeit ² 14 € Buchungsentgelt je tel. Buchung unter Angabe des Buchungscode **J4PLZ2**
Foto: R. Slater | DFDS (Deutschland) GmbH, Högerdamm 41, 20097 Hamburg | Stand 07/2014

Wir sind die GdP

Bereits seit drei Jahren bietet der Landesbezirk den Kreisgruppen die Möglichkeit, das CMS-System der GdP auch für die Gestaltung der eigenen Homepage zu nutzen. Dadurch sind nicht nur Auftreten und Struktur der verschiedenen GdP-Seiten aus einem Guss, sondern die Seiten sind auch für die Mitglieder deutlich informativer und aktueller geworden.

45 Kreisgruppen in NRW nutzen bereits das Angebot des Landesbezirks. Ende August haben sich die lokalen Internetredakteure der GdP zu einer zweitägigen Webredakteurskonferenz in Mühlheim getroffen. Um an der eigenen Seite zu schrauben, um sich über neue Trends und Gestaltungsmöglichkeiten auszutauschen und um die gemeinsamen Kontakte zu vertie-

fen. Karl-Heinz van Nahmen, Webredakteur der ersten Stunde aus dem Rhein-Erft-Kreis, hat vor allem die Idee gefallen, sich mit den Webredakteuren stärker zu vernetzen. Marianne Fuhrmann von der Kreisgruppe Viersen war vor allem an Infos interessiert, wie sich der Tarifbereich noch stärker auf der Homepage darstellen lässt und Arnd Breitkopf aus Münster fand vor allem die Tipps zur Pflege der Marginale wichtig. Weil durch die vielen Nutzer zwischendurch der Internet-



zugang im Tagungshaus vollkommen zusammengebrochen war, gab es am zweiten Tag sogar die Gelegenheit zu einem ausführlichen Waldspaziergang.



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe:
Landesbezirk Nordrhein-Westfalen

Geschäftsstelle:

Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Postfach 12 05 07, 40605 Düsseldorf
Telefon (02 11) 2 91 01-0
Internet: www.gdp-nrw.de
E-Mail: info@gdp-nrw.de

Redaktion:

Stephan Hegger (V.i.S.d.P.)
Uschi Barrenberg (Mitarbeiterin)
Gudastraße 5-7, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 32
Telefax: (02 11) 2 91 01 46
E-Mail: stephan.hegger@gdp-nrw.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:

VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 36
vom 1. Januar 2014
Adressverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6462

**Redaktionsschluss der November-
Ausgabe ist der 6. 10. 2014.**

GdP-Service GmbH NRW:

Gudastraße 9, 40625 Düsseldorf
Telefon: (02 11) 2 91 01 44/45
Telefax: (02 11) 2 91 01 15
Internet: www.gdp-reiseservice.de
E-Mail: penguin@gdp-reiseservice.de

Die GdP gratuliert

90. Geburtstag

- 2.10. Heinz Brede, Münster
- 8.10. Edith Blambeck,
Herzebrock-Clarholz,
Herta Paula Stobbe, Siegen
- 14.10. Ilse Klaffke, Gladbeck
- 23.10. Hermann Kramp, Titz
Kurt Weidenbruch, Wülfrath
- 24.10. Helene Hoefer, Krefeld
- 25.10. Kurt Illhardt, Velbert
- 28.10. Ilse Saalfeld, Düsseldorf
Josef Segin, Paderborn

91. Geburtstag

- 9.10. Gerhard Goldbach, Wuppertal
- 18.10. Wilhelm Arians, Goch
- 21.10. Günter Beckmann,
Bergneustadt
- 27.10. Gerda Bendler,
Bergisch Gladbach
- 28.10. Maria Hoven, Heinsberg

92. Geburtstag

- 4.10. Hans Engels, Krefeld
- 9.10. Maria Deppe, Köln
- 12.10. Alwine Körrenzig, Aachen
- 29.10. Wilhelm Heister, Emmerich
Lucie Stellmacher, Langenfeld

93. Geburtstag

- 2.10. Ilse Brandes, Wermelskirchen

- 3.10. Lieselotte Altenhoff, Bochum
- 5.10. Anneliese Scholz, Nordwalde
Gertrud Swyen, Nettetal
- 8.10. Helene Feldhaus, Münster
Josef Rütten, Hückelhoven
- 19.10. Reinhard Bovenkerk, Isselburg
Else Werth, Wuppertal
- 21.10. Charlotte Maaß, Wesel
Eduard Malberg, Oberhausen
- 23.10. Barbara Fläschel,
Geilenkirchen

94. Geburtstag

- 21.10. Gertrud Houben,
Converse/Texas
- 26.10. Grete Rogall, Wilnsdorf
- 30.10. Margarete Knetsch, Köln
- 31.10. Gertrud Brüggemann, Bochum

95. Geburtstag

- 10.10. Leo Erven, Aachen
- 16.10. Johanna Schumacher, Köln
- 24.10. Heinz Dusen, Nettetal
- 27.10. Willi Poussin, Krefeld
- 30.10. Mathilde Lammers, Ochtrup

96. Geburtstag

- 5.10. Charlotte Majert, Essen

99. Geburtstag

- 15.10. Else Vierboom, Bochum

**Der Geschäftsführende Landesbezirksvorstand der GdP NRW wünscht
allen Jubilaren alles Gute und recht viel Gesundheit.**



NEU

SO BUNT WIE DAS LEBEN!

Müller-Reisewelten 2015

2015

Schönste
Kurz-Kreuz-fahrten
auf Flüssen, Seen und Meeren.

von Floß auf der ISAR
bis zum großen Kreuzfahrtschiff der Welt

Für Freunde, Paare, Singles und Bekannte!



TOURISTIK

Müller
...die Partytouren!
2015



ÜBERALL • FRÖHLICH • FESTE • FEIERN

2015

Die wahrscheinlich schönsten
Städte und Städtchen
in Deutschland und Europa.

von klein bis groß - überall riesig

Begleitete Städtereisen für uns alle!



LAND & GOLF HOTEL
STROMBERG
★★★★★ Das besondere Privathotel

HOTEL - SPA - GOLF

Ein freundliches Müller-Haus.




2015

Junge Leute

...take a break!
Mit den „Zwanzigern“ auf Tour!

Party • Sonne • Städte • Sport • Festivals • Après-Ski



SCHNEE EXPRESS
www.schnee-express.com

ab 29€ Winter 2014/2015



Im Nachtzug
direkt auf die Skipiste

Wöchentlich ab 19.12.2014 nach Österreich



Müller TOURISTIK

Informationen und Buchung bei Ihrem GdP-Reiseservice,
Tel. 0211 29101-44/-45/-63/-64 oder unter www.gdp-reiseservice.de





Mitte September ist die von Innenminister Ralf Jäger (SPD) angekündigte Pilotphase der ersten vier Bundesligawochenenden abgelaufen, in den die Fußballvereine selber für die Sicherheit bei den Spielen verantwortlich sein sollten. Ob der Rückzug der Polizei etwas gebracht hat, lässt sich trotzdem verlässlich erst nach einer längeren Pilotphase beurteilen, wenn auch die ersten Hochrisikospiele über die Bühne gegangen sind. Und wenn klar ist, ob die Fans das neue Sicherheitskonzept der Polizei als Chance genutzt haben, um sich ohne jedes Hintertürchen endlich von den Gewalttätern in den eigenen Reihen trennen, statt ihnen einen Rückzugsraum zu bieten, aus dem heraus sie ihre Straftaten begehen können. Dass Fußball ohne Gewalt funktionieren kann, zeigt auch die gerade erschienene Ruhrgebiets-Ausgabe der VDP-Broschüre „Fußball – gemeinsam und fair!“.

Die Broschüre gibt es kostenlos zum Download unter www.gdp-nrw.de (Infothek/Broschüren) und in gedruckter Form über das Service-Büro des Landesbezirks: Tel.: 02 11/29 10 110, E-Mail: info@gdp-nrw.de

Glücksnummern des Monats

45 19593
Thomas van de Loo, Krefeld
45 07411
Helene Fuhrmann, Bonn
45 19029
Rosina Grünhage, Düsseldorf
45 21604
Bianca Hermann, Hagen

Die Gewinner erhalten eine GdP Thermotrinkflasche Cool&Hot Curve.

Senioren aktuell

Kreisgruppe Heinsberg

23. Oktober, Themen des Seniorentreffens: Veranstaltungen der Kreisgruppe, Besoldungsanpassung, Bewilligung von Heilmaßnahmen, Treffpunkt: 15 Uhr, Restaurant Haus Dohmen, Hülhovener Str. 92, 52525 Heinsberg-Eschweiler

Kreisgruppe Märkischer Kreis

28. Oktober, Seniorentreffen nebst Partnern, Treffpunkt: 9.45 Uhr, Museum Barendorf, Iserlohn, Baartstraße 220 – 226. Wir besichtigen das Museumsdorf. Für das leibliche Wohl im Turnerheim Griesenbrauck in Iserlohn ist später gesorgt. Anmeldungen unter Tel. 0 23 71/91 99 88 00/03

GdP aktiv

2. 10., GdP-Kriminalforum, Vorratsdatenspeicherung, Predictive Policing, Datenschutz – Perspektiven für eine polizeiliche Strafverfolgung, Bürgersaal in den Düsseldorf-Bilk-Arcaden, Bachstraße 145, Düsseldorf

9. 10., Informationsveranstaltung der Kreisgruppe Bonn zum Thema Pflege-

gestufen und deren Auswirkung auf Patienten und Angehörige, Sitzungssaal im PP Bonn, Beginn 14.30 Uhr. Es wird empfohlen, den Partner bzw. die Partnerin oder Inhaber der Vorsorgevollmacht mitzubringen.

NACHRUFE

Rosa Österreicher	14.8.1915	Bonn	Gertrud Rössling	2.8.1925	Heinsberg
Gertrud Koch	13.5.1918	Bergisches Land	Peter Ernst	30.9.1957	Bottrop/Gladbeck
Eduard Johannesmann	19.12.1922	BZ Carl Severing	Gerhard Pape	15.10.1935	Bielefeld
Viktor Müller	20.4.1927	Siegburg	Josefine Matthias	17.3.1920	Euskirchen
Hertha Klinger	3.8.1933	Lippe	Susanne Heinzel	19.4.1926	Aachen
Wilfried Blome	31.1.1946	Autobahnpolizei Düsseldorf	Ulrike Volkmann	10.4.1953	Ennepe-Ruhr
August Böckler	1.7.1921	Düren	Heinrich Jansen	27.10.1919	Düsseldorf
Oliver Krebs	10.12.1967	Erfkreis	Marianne Has	27.5.1924	Bielefeld
Hedwig Ufermann	11.4.1920	Oberhausen	Adolf Jonas	25.2.1925	Aachen
Anneliese Katerndahl	29.8.1929	Bergisches Land	Wilhelm Koenzen	10.10.1955	Kleve
Waltraut Szatkowski	12.6.1925	Essen/Mülheim	Alfons Rupieper	6.5.1948	Dortmund
Katja Hohenbrink	20.6.1970	Gütersloh	Heinrich Bücker	10.7.1933	Warendorf
Elisabeth Renzing	20.2.1919	Essen/Mülheim	Ulrich Baucks	3.4.1961	Soest
Ludwig Schaffrath	20.6.1923	Viersen	Irmgard Küppers	17.7.1919	Bergisches Land
Waldemar Kloweit	12.9.1929	Autobahnpolizei Düsseldorf	Wilhelm Bongartz	14.2.1920	Mönchengladbach
Rolf Flach	25.10.1922	BZ Carl Severing			

